

Textbeitrag von

[Ansatasia Dederer](#)

[Oxana Serjant](#)

[Angela Schremser](#)

## Der erste Weltkrieg

Der erste Weltkrieg legte den Anfang für den politischen Druck auf Russlanddeutsche, als Feinde des Staates. Die deutschen Kinder durften nicht mehr in die Schule gehen, weil sie geschlossen wurden. Die Zeitungen der Russlanddeutschen erschienen nicht mehr. Das Eigentum der Menschen in einigen Gebieten wurde nach den Gesetzen von 1915 enteignet und die Einwohner dieser Gebiete sollten wegziehen. Erste Deportation erfolgte vor allem nach Sibirien, wobei viele Menschen unterwegs ums Leben gekommen waren. Die Russische Revolution von 1917 wurde zum Grund, warum es zu keinen darauf folgenden Deportationen kam.

## Einigungsbewegung

Die Unterdrückung der deutschen Nation in Russland mit allen schrecklichen Folgen hat bei den Menschen Einigungsbewegung hervorgerufen. Es wuchs das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Zusammenschließung gegen die Liquidationsgesetze und deren Folgen nach 1917. Als Ergebnis solcher Aktionen entstand 1918 eine die autonome sozialistische Republik der Wolgadeutschen mit Engels als Hauptstadt. Insgesamt wurden 16 deutsche nationale Bezirke gegründet, unter anderem auf der Krim, in Georgien und in Aserbaidshan. Die Republik an der Wolga hat sich schnell entwickelt, sowohl kulturell, als auch wirtschaftlich. Doch ihre Blüte endete mit der von Stalin angefangenen Zwangskollektivierung der Bauer. Zehntausende wurden nach Sibirien verbannt oder getötet.

## Stalins Entkulakisierung

1929/30 begannen nach Stalins Befehl die Enteignungen und Verbannungen sowie Kollektivierung ein. Die Deutschen traf es besonders hart, weil sie zu dieser Zeit viel besser entwickelt und fortgeschritten waren, als andere Gebiete Russlands. Doch noch schlimmer wurde die Situation der Deutschen mit Anfang von Nationalsozialismus zwischen 1936 und

1939. In manchen Ortschaften wurde mehr als die Hälfte aller deutschen Männer verhaftet. In ganz seltenen Fällen ist jemand von ihnen zurückgekehrt. Man führte den Krieg nicht nur gegen Deutschen, sondern gegen das Deutschtum im Ganzen. Die Kolonisten sollten innerhalb von zehn bis 16 Monaten ihre Häuser verkaufen, die für die Käufer nicht so interessant waren. Der Staat versteigerte dann diese Eigentümer, wobei ein kleiner Teil bar ausgezahlt, der andere in Aktien angelegt wurde, die erst nach 25 Jahren fällig waren. Das war der Untergang der Deutschen in Russland.

## Massendeportationen nach Asien

Nach dem Hitlers Überfall von Sowjetunion im Juni 1941, ließ Stalin die Krimdeutschen und die deutsche Bevölkerung der ukrainischen Gebiete nach Zentralasien deportieren. Man hat ihnen erklärt, dass sie aus den Gefahrzonen weggebracht werden. Aus der Angst, dass sich die deutsche Republik an der Wolga mit dem Feind zusammenschließt, wurde sie aufgelöst. Die Menschen wurden frei- und unfreiwillig nach Asien deportiert und unter die Aufsicht der Kommandantur gestellt. Die arbeitsfähigen Frauen und Männer wurden in die Arbeitsarmee geschickt, die den Strafgefangenenlagern glich.

## Der lange Weg der Rehabilitation

Neue Hoffnungen der Rehabilitation wurden nach Stalins Tod, als Konrad Adenauer im September 1955 in Moskau war, um die letzten 10 000 Kriegsgefangenen freizuhandeln, erweckt. Es erhob sich auch die Frage über die Russlanddeutschen, deren Befreiung ihm aber nicht gelang.

Konrad Adenauers Besuch blieb aber nicht ganz ohne Erfolg. Am 13.12.1955 wurden die Rechtsbeschränkungen und die Kommandantur aufgehoben, aber ein Anspruch auf Erstattung des konfiszierten Eigentums während der Deportation sowie eine Rückkehr in die Angestammten Gebiete wurden nicht gewährleistet.

Die Russlanddeutschen erhielten einen Pass, der sie nun zu freien Sowjetbürgern mit deutscher Nationalität auswies.

Trotz absolutem Rückkehrverbot versuchten viele in die Heimatgebiete zurückzukehren, doch sie stießen dort auf Widerstand der Einwohner.

Immerhin wurde am 09.04.1957 eine Verordnung des Ministers für Volksbildung der RSFSR über die Organisation des Unterrichts in der Muttersprache der Kinder und der erwachsenen Bevölkerung deutscher Nationalitäten, [...] in den Schulen mit beschränkter Anzahl deutscher Schüler ab Beginn des Schuljahres 1957/1958 auf Wunsch der Eltern von der 1. Klasse an, den Unterricht in der Muttersprache als selbständiges Fach nach besonderem Lehrplan zu unterrichten.

Inhaltlich hatte diese Verordnung Schwachstellen, z. B. wurde erst später die beträchtliche Anzahl konkretisiert. Des Weiteren fehlten jegliche Voraussetzungen für die Einführung des deutschsprachigen Unterrichts, es standen weder genügend Räume, Lehrbücher und Unterrichtshilfen noch qualifizierte Deutschlehrer zur Verfügung.

Diese Deklaration sollte nur Schönmalerei sein, Vertreter des Ministeriums für Volksbildung versuchten den Eltern nahe zu bringen, dass Deutschunterricht für die Kinder nur negativ ist, da Russisch wichtiger als Deutsch sei und mangelhafte Russischkenntnisse dazu führen könnten, dass ein Hochschulzugang letztendlich verwehrt bliebe. Der muttersprachliche Unterricht wurde ins Programm aufgenommen, insgesamt konnten aber nur 15% der Russlanddeutschen am Deutschunterricht teilnehmen.

Mit der Herausgabe deutscher Zeitungen und dem Beginn der deutschsprachigen Sendungen im Rundfunk wurde ein besonderer Beitrag zur Wiederherstellung der deutschen Sprachkultur geleistet.

Erst 23 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges wurden die Deutschen am 29.08.1964 offiziell rehabilitiert, sie seien keine Verräter und somit von der Kollektivschuld freigesprochen. Der Erlass vom 28.08.1941 wurde als gesetzwidrig und unbegründet aufgehoben. Von einer Wiederherstellung der Autonomie fiel aber kein Wort.

Die Widergewonnene relative Freiheit führte zur Völkerwanderung und Umschichtung der Bevölkerungsverteilung. Wenn Ende des I. Weltkrieges 95 % der Deutschen Bauern waren, so lebten in den 80ern nur noch 50 % auf dem Land.

Im Jahre 1959 lebten kaum noch 10 % der Russlanddeutschen in geschlossenen, traditionellen deutschen Gebieten. Dies waren Gebiete aus denen niemand deportiert wurde, wie Sibirien, Kasachstan und Kirgisien, sowie in der Nähe von Omsk und Tomsk.

## Programm der Familienzusammenführung

Aufgrund des Scheiterns mehrmaliger Versuche, die Wolgarepublik wiederherzustellen, hatten seit den 60ern immer mehr Familien Anträge auf Familienzusammenführung gestellt, doch sie stießen meistens auf Ablehnung.

Im Jahre 1965 trafen sich die Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes der BRD und der UdSSR in Wien, mit dem Ziel die Familienzusammenführung der Russlanddeutschen zu ermöglichen. Obwohl in Wien vereinbart wurde, 40 000 Personen die Ausreise zu gestatten, hatten in Wirklichkeit nur wenige 1000 die Ausreisemöglichkeit. Dies waren meistens Ältere, gebrechliche Menschen, die Russland sowieso zur Last fielen.

Nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei (1968) kühlte die Beziehung zum Westen ab. Das Programm der Familienzusammenführung wurde von Seiten der Sowjetunion einfach als „abgeschlossen“ erklärt.

1986 folgte die Liberalisierung der Ausreisebestimmungen. Die Gründe hierfür waren zum einen die Druckmittel der ausreisewilligen Deutschen, die sich in Öffentlichen Demonstrationen, nicht genehmigten Zusammenkünften und offenen Treffen ausländischer Journalisten widerspiegelt haben, zum anderen Glasnost und Perestroika, die zur Lockerung der politischen Kontrolle und Entspannungspolitik im Bezug auf den Westen geführt hatte.

## Autonomiebewegungen

Mit der Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen erwachte auch das soziale Bewusstsein. Es wurden Initiativgruppen gegründet, die sich beim Zentralkomitee der Partei um die Wiederherstellung der nationalen Autonomie an der Wolga bemühten.

Im Januar des Jahres 1965 traf die erste Delegation der Russlanddeutschen in Moskau ein. Doch man erklärte ihnen, dass eine Rückkehr in die alte Wolgarepublik technisch unmöglich sei, weil in den Gebieten nun andere Menschen wohnen, die man nicht vertreiben könne. Chruschtschow versprach aber in den Gebieten mit deutscher Konzentration mehr Schulen, Zeitungen und Möglichkeiten zur Pflege der Kultur bereitzustellen.

Im Juni 1965 reiste die zweite, im Juli desselben Jahres die dritte Delegation nach Moskau, aber auch diese Bemühungen führten zu keinem Erfolg.

Die Russlanddeutschen waren das einzige Volk, denen eine Rückkehr in die angestammten Gebiete verwehrt blieb. Dies hatte eine steigende Auswanderungsanzahl nach Deutschland bis zum Beginn der 70er Jahre zur Folge. Die Sowjetregierung versuchte diese Emigrationswelle zu stoppen, in dem sie Berichte von unglücklichen Rückkehrern veröffentlichte. Dies waren aber meistens ältere Menschen, die Schwierigkeiten hatten Anschluss in Deutschland zu finden und bildeten somit eher eine Ausnahme.

Im Jahre 1980 wurde noch einmal versucht eine Delegation nach Moskau zu schicken, die Reise wurde jedoch von der Geheimpolizei verhindert.

Unter der Regierung Breschnew (bis 1982), Andropow (bis 1984) und Tschernenko (bis 1985) wurden Autonomiebewegungen, sobald sie bekannt wurden, von Sanktionen begleitet. Die Zahl der Ausreisegenehmigungen sank Anfang der 80er auf weniger als 1.000 Auswanderer im Jahr.

## Gorbatschow ermöglicht Ausreise

Nach der Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU (1985) wurden 1987 die Ausreisebestimmungen liberalisiert. Es entstanden neue Initiativgruppen, die nun öffentlich eine politische, territoriale und kulturelle Autonomie forderten.

Beispielsweise soll im Folgenden kurz über eine Initiativgruppe „Wosroshdenie“ übersetzt „Wiedergeburt“ berichtet werden.

Diese „Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen“ wurde im März 1989 mit 105 Delegierten aus den größeren Wohngebieten der Russlanddeutschen gegründet, deren Mitglieder bis Anfang 1990 auf etwa 5000 Mitglieder angewachsen war.

Die Ziele dieser Initiativgruppe waren neben der Bewahrung der deutschen Kultur, Tradition und Sprache, die Herstellung der Autonomie - vorrangig in der Wolgarepublik - als Mittel gegen massenhafte Aussiedlung. Die Union versicherte den in den Wolgagebieten lebenden Russen:

- Verzicht der Russlanddeutschen auf das 1941 beschlagnahmte Eigentum
- keine Absicht, jetzige Bewohner zu verdrängen
- Aufbauen neuer Siedlungen, ohne die jetzigen in ihrem Bestand zu gefährden

Im Juli 1989 bereiste eine Delegation das Gebiet Saratov, doch sie musste feststellen, dass die örtlichen Behörden schon Widerstand gegen die Autonomiegründung und den Zuzug der Russlanddeutschen organisiert hatten. Als Kompromiss wurde ein Aufbau deutscher Rayons vorgeschlagen.

Am 1. Juli 1991 verzeichnete die Autonomiebewegung ihren ersten Erfolg. Es folgte der Erlass der Obersten Sowjets in Moskau über die Bildung eines Deutschen Rayons (Halbstadt), im Jahre 1992 folgte das Gebiet Asovo. Diese Projekte der Autonomiegründung wurden vom Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen Dr. Horst Waffenschmidt politisch und finanziell unterstützt.

## Förderungsprogramme in Russland

Verschiedene Förderungsprogramme wie Neuansiedlung von Russlanddeutschen, Wohnungsbau, Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, Ausbau der Infrastruktur und der privaten Gewerbestruktur sollten einen Anreiz schaffen in Russland zu bleiben.

In die Förderungsprojekte ist eine hohe Summe an Fördermitteln geflossen, doch wurde kein wirklicher Erfolg verzeichnet, da die gegründeten Orte für die Russlanddeutschen eher als „Zwischenlager“ auf dem Weg in die BRD waren und vor allem heute noch sind.

Auf deutscher Seite sind die Förderungsprogramme auf Unzufriedenheit gestoßen. So kritisierte die Bundesregierung nach einem Bericht der Berliner Zeitung vom 17. Juli 1995, dass „mit Zuwendung für Russlanddeutsche [...] sinnlose und überbeuerte Anschaffungen in Russland finanziert [...] wurden. „Seit 1990 wurden [...] mehr als 213 Millionen Mark [...] gezahlt. Damit sei beispielsweise eine Käserei in einer Gegend finanziert worden, in der es kaum Kühe gebe. Als „Winterhilfe seien zwei Millionen Kondome und 1.500 Boxershorts nach Wolgograd geschickt worden [...].“

Widerstände der örtlichen Bevölkerung im Wolgagebiet waren ausschlaggebend dafür, dass die Wolgarepublik bis heute Wunschdenken ist. Gemeinsame deutsch-russische Verhandlungen zu Fragen der Russlanddeutschen konnten trotz anfänglichem Optimismus daran nichts ändern. Statt auf die Wolgarepublik begann seit 1990 eine stärkere Konzentration auf Siedlungsgebiete in Westsibirien.

Nach einer Abstimmung der örtlichen Bevölkerung wurden die deutschen Rayons Halbstadt im Altai-Gebiet (1991) und Azovo im Gebiet Omsk (1992) gegründet. Der vergleichsweise hohe Bevölkerungsanteil der Russlanddeutschen in diesen zwei Gebieten sollte eine gute Basis bilden, um auf bestehenden ethnischen Strukturen aufbauen zu können und damit den Russlanddeutschen Perspektiven zu eröffnen, die zur Stärkung ihrer Identität dienen und Voraussetzungen für das Bleiben in Westsibirien schaffen sollten.

Trotz der Unterstützung von Seiten der BRD sind seit der Gründung mehr als 7.000 Personen zunächst aus Halbstadt und zunehmend auch aus Azovo, in die Bundesrepublik ausgereist, hierunter insbesondere diejenigen Russlanddeutschen, die schon seit langem dort lebten und größtenteils dort auch geboren wurden.

1992 wurde ein nächster Versuch gestartet, eine Republik für Russlanddeutsche zu gründen. Der damalige Präsident der Ukraine Leonid Kravchuk schlug vor, die Dünnbesiedelten Gebiete der Südukraine zur neuen Heimat der Russlanddeutschen auszubauen. Obwohl ursprünglich von 400.000 Russlanddeutschen die Rede war, wurde der Kreis während der Verhandlung erheblich reduziert. So wurde 1993 von ukrainischer Seite präzisiert, das Angebot richte sich an diejenigen, die selbst früher in der Ukraine gelebt hatten oder deren Verwandte von dort stammten. Bisher sind aber nur etwa 2000 Russlanddeutsche in dieses Gebiet übergesiedelt, da neben den ungelösten Problemen bei der Staatsangehörigkeit die Lebensbedingungen in der Ukraine allgemein im Vergleich zur Russischen Föderation nicht besser sind.

Eine weitere Alternative bildete das Gebiet Kaliningrad, das vor allem von den Russlanddeutschen Ende der achtziger Jahre und verstärkt in den neunziger Jahren als Gebiet für eine mögliche Autonomie ins Gespräch gebracht worden war. Aber auch diese Autonomievariante steht aufgrund der Widerstände der dortigen einheimischen Bevölkerung mittlerweile nicht mehr in der Diskussion. Trotz schwankender Angaben über die Zahl der

Zuwanderer leben inoffiziellen Schätzungen nach ca. 15.000 Russlanddeutsche in Kaliningrad.

Eins von der BRD unterstütztes Siedlungsgebiet „Nasja“ bei St. Petersburg bietet auch nur einem geringen Teil von Russlanddeutschen Perspektiven.

Auch der kirgisische Präsident Akaev bot Anfang 1992 den Russlanddeutschen in den Rayons Sokoluk und Tschu, in denen sie einen beachtlichen Bevölkerungsanteil darstellten, eine Möglichkeit zur Kulturautonomie an. Doch auch dieser Versuch scheiterte, zumal Russlanddeutsche in großer Zahl Kirgisien vor allem in Richtung Bundesrepublik verlassen haben.

Mitte der achtziger Jahre bemühte sich Deutschland möglichst viele Aussiedler aus der UdSSR aufzunehmen. Aufgrund des nach wie vor anhaltenden Ausreisestromes aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den Erfahrungen mit der Integration von Aussiedlern unterstützte die Bundesregierung im Laufe der letzten 10 Jahre verschiedene Förderungsprogramme, um den Russlanddeutschen einen Anreiz zum Verbleib in Russland zu verschaffen. Wenn zunächst die kulturelle und sprachliche Förderung in Russland und Kasachstan im Vordergrund standen, wurden wirtschaftliche Maßnahmen seit 1991 immer wichtiger.

Abschließend lässt sich sagen, dass mehrere Autonomiegründungen angestrebt und unterstützt wurden, deren Erfolg jedoch ausblieb. Die Auswanderungsflut konnte durch den Aufbau deutscher Siedlungen in Russland nicht gestoppt werden

## Traumatische Kriegsfolgen als Grund zur Aussiedlung

Viele, die Stalin während des Zweiten Weltkrieges deportieren ließ, haben das Trauma der Zwangsumsiedlung nie verkraftet und konnten sich in der Zwangsheimat Sibirien, Kasachstan oder Usbekistan nicht einleben. Andere wollten einfach wieder mit den Familienangehörigen zusammenleben, die bereits nach Deutschland ausgewandert waren.